

## Situationsanalyse

Die wirtschaftliche und politische Lage ist schwierig, aber keinesfalls hoffnungslos. Ich berichte von eklatanten Fehleinschätzungen und Irrtümern auch in Deutschland und analysiere, wie sich diese erklären lassen.

Die Beschreibung der Rollen von Donald Trump oder Boris Johnson als "kreative Zerstörer" (Josef Schumpeter, 1883 – 1950) und die damit verbundenen möglichen positiven Folgen bilden den Schwerpunkt meiner Betrachtungen. Auch die Beiträge des Juso-Vorsitzenden Kevin Kühnert oder des Youtubers Rezo beleuchte ich in dem Kontext eines notwendigen gesellschaftlichen Diskurses über den Kapitalismus und die Demokratie. Ich stelle dabei fest, dass es keine Systeme gibt, die zur Selbstkorrektur fähig sind, und führe als Beispiele die FIFA, die Katholische Kirche oder die Deutsche Bank an und unterbreite Vorschläge, wie in einer Demokratie die Bevölkerung besser repräsentiert werden kann.

Aus wirtschaftlicher Perspektive leidet die globale Ökonomie seit dem Ausbruch der Finanzkrise vor 10 Jahren unter einem zu niedrigen Blutdruck. Hieraus ergeben sich Folgen für die Höhe der Zinsen, die nicht absehbar sind. Unter Präsident Trump machen sich die USA auf, ein neues Zinskapitel diesem epochalen Wandel aufzuschlagen. Sie folgen dem japanischen Beispiel und haben dabei mit der Weltreservewährung USD einen wichtigen Trumpf in der Hand.

In Europa spielt Frankreich unter Präsident Macron nun eine führende Rolle. Ich beschreibe den konstruktiven Umgang mit den Forderungen der Gelb-Westen-Protteste als ein gelungenes Beispiel demokratischer Führung. Der euroäische Schulterschluss mit Deutschland muss angesichts der offensichtlichen Herausforderungen gelingen.

Die gesellschaftliche Entwicklung der USA in den letzten 10 Jahren ist alles andere als erfreulich. Dies zeigt eine breit angelegte Studie des Internationalen Währungsfonds (IWF). Nun können die Folgen einer kontraproduktiven Politik von Präsident Donald Trump weitreichend sein. Die Hoffnungen konzentrieren sich auf ein Ende des Präsidentschaftsaltraums mit den Wahlen 2020.

Ich gehe auf die vom US-Internetkonzern Facebook ins Spiel gebrachte digitale Währung "Libra" ein, und erläutere

den Unterschied zu der wieder aufstrebenden Krypto-Währung Bitcoin.

Der Verlust an Sicherheit ist per se nicht schlecht. Er kann zu Erkenntnisgewinnen führen. Diese Weisheit verdanken wir Sokrates (+ 399 vor Christus). Mit diesem Ziel vor Augen formuliere ich meine Gedanken. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre.

Ihr



## Deutsche Aktien (DAX):

31.12.2018 10.558,96 Punkte  
30.06.2019 12.398,80 Punkte (+17,42%)



Die Stimmung in der deutschen Bevölkerung ist schlechter als die wirtschaftliche Lage. Teilweise beruht dieses Phänomen auf groben Fehleinschätzungen. In einer von der FAZ am 19. Mai zitierten Umfrage schätzten 40% der befragten Personen, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland über 20% liegt. Wie kann es zu einem solchen Irrtum kommen? Die tatsächliche Arbeitslosenquote liegt bei 3,1%. Die Wirtschaftsberichterstattung in den vergangenen 10 Jahren lieferte wenig Anlass zu Optimismus. Bankenkrise, Marktversagen, Euro-Krise, Flüchtlingskrise, Klimawandel, Brexit, Donald Trump, Nationalismus, Protektionismus und der Dieselskandal sind nur eine Auswahl der Überschriften bestimmenden Themen. Nun schreibt die FAZ am 04. April, dass sich die deutsche Industrie aufgrund stark nachlassender Auftragseingänge „schon fast im freien Fall“ befindet.

Optimisten haben es wirklich schwer. Der deutsche Maschinenbau berichtet seit 5 Monaten von sinkenden Aufträgen. Der viel beachtete IFO-Geschäftsklima Index fiel auf das Niveau von 2014 zurück. Als Export-Weltmeister verspürt Deutschland die nachlassende Dynamik des Welthandels, der 2019 nach den Schätzungen des Internationalen Währungsfonds IWF, nur noch um 2,6% zunehmen wird, in besonderer Weise. Die zunehmenden protektionistischen und nationalistischen Bestrebungen in USA und GB, aber auch in vielen anderen Ländern, fordern ihren Preis. Für die deutsche Wirtschaft spielt die Automobilkonjunktur eine besondere Rolle. In 2018 stagnierte erstmals die globale Nachfrage nach Fahrzeugen. Die Märkte – der weltweit größte Absatzmarkt ist in China, wo beispielsweise VW die Hälfte der Produktion absetzt sind gesättigt. Für 2019 rechnet man mit einem globalen Absatz von 80 Millionen Fahrzeugen. Das sind 5% weniger als im Jahr 2018. Letztmalig ging der Absatz 2009 im Zuge der Finanzkrise global um 3,7% zurück. Die Unruhe in der deutschen Wirtschaft ist gut begründet. Die deutschen Automobilkonzerne kämpfen zusätzlich mit den Altlasten des Dieselskandals, und scheinen als führende globale Unternehmen den Innovationstrend zur E-Mobilität verschlafen zu haben. Der Anteil an E-Autos bei den Neuzulassungen liegt bei bescheidenen 2,6%, während es im Nachbarland Niederlande 9% und in Norwegen 26% sind.

Ist das Glas aus wirtschaftlicher Sicht nun halbvoll oder halbleer? Tendieren Zeitungsleser und Bürger eher zu Pessimismus, so sind Unternehmen und Manager geradezu zu Optimismus verdammt. Probleme müssen als Herausforderungen und Chancen wahrgenommen werden. Wie arm wäre eine Welt ohne Unternehmertum? Betriebe unterliegen einem permanenten Wandel und Wettbewerbsdruck, und stellen sich in der Regel gut darauf ein. Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hängt auch weniger von den Großkonzernen als von mittelständisch geprägten Unternehmen ab. Der Mittelstand schafft wesentlich mehr Arbeitsplätze als Großkonzerne. Da die meisten Menschen bei mittelständischen Unternehmen beschäftigt sind, ist das der Job-Motor, der das Beschäftigungswunder hervorgebracht hat. Wir haben allgemein einen Mangel an qualifiziertem Personal, der sich durch alle Branchen zieht. Denken Sie beispielsweise an Handwerker, Gastronomie, Krankenhäuser und

Pflegeeinrichtungen. Deutschland gilt als hochattraktiver Standort für ausländische Investoren. Es zählte im vergangenen Jahr 2062 Neuansiedlungen ausländischer Unternehmen. Das ist ein Plus von 8% gegenüber dem Vorjahr. Deutsche Unternehmen investieren ein Mehrfaches im Ausland. Dies sind positive Folgen einer Globalisierung, die aus nationalistischen Gründen zunehmend in Frage gestellt wird. Die Rollen von Donald Trump oder Boris Johnson als „kreative Zerstörer“ (Joseph Schumpeter, 1883-1950) können in freien Gesellschaften auch anregend sein. Sie brechen verkrustete Strukturen auf, formieren Widerstand auf der Gegenseite und schaffen Platz für Weiterentwicklungen. Die Anpassung an neue Realitäten erfolgt in der Politik in der Regel zu spät. Etablierte Kräfte verfügen über Macht und Geld, den Status-Quo zu erhalten. Aber auch die Gesellschaft ist träge. So wurden ausländische Arbeitnehmer in Deutschland als Gastarbeiter geduldet. Für die Gesellschaft und für die Politik war Deutschland ein Nichteinwanderungsland. Die Fakten hatten schon lange eine andere Sprache gesprochen. Erst die Flüchtlingskrise und der Erfolg der AfD führten zu einer Änderung der Meinung. Das nun in den Bundestag eingebrachte Einwanderungs- und Zuwanderungsgesetz war längst überfällig.

Durch die feindliche Politik von Donald Trump gegenüber der EU und auch Deutschland wurde das Verhältnis zu China und nun jüngst auch zu Russland intensiviert. Auch das ist ein Paradigmenwechsel, der ohne Katalysator nicht zustande gekommen wäre. Die Zukunft der EU liegt offensichtlich im Osten und nicht im Westen. Idealerweise liegt er im Westen und im Osten. Auch dies ist eine Option, an die in einer Nach-Trump-Ära gedacht werden kann.

Die Politik erwacht langsam aus der Lethargie. Auch hier scheinen schöpferische Zerstörungskräfte zu wirken. Aus Sicht der CDU und vor allen Dingen der SPD scheinen sie sehr schmerzhaft zu sein. Die Debatten um Klima, Flüchtlinge, Europa und den Kapitalismus wurden bisher nicht wirklich geführt. Jetzt scheint die Zeit dafür reif zu sein – dank Greta Thunberg, Kevin Kühnert und dem Youtuber Rezo. Die von dem Jungsozialisten Kühnert angestoßene Kapitalismusdebatte ist längst überfällig. Zu solchen Diskursen gehören auch extreme Meinungen. In einer funktionierenden Demokratie werden Kompromisse geschlossen. Die Soziale Marktwirtschaft wird beispielsweise von vielen Bundesbürgern als unsozial angesehen. Auch ich schließe mich dieser Meinung an. Wer kümmert sich um die Rechte betrogener Käufer von Diesel-Fahrzeugen? Wer verhindert, dass trotz Verlusten und Liquiditätsengpässen, Milliarden von Boni-Zahlungen

an Manager ausgezahlt werden? Wer kann verstehen, dass 643 Einkommensmillionäre bei der Deutschen Bank beschäftigt sind? Wer kann nachvollziehen, dass Investoren mit Hilfe von Banken und findigen Wirtschaftsprüfern vom Staat 30 Milliarden Euro an Steuern zurückerstattet bekommen, die nie gezahlt wurden? Wieso zahlen die führenden Internetkonzerne nur minimale Steuern auf ihre Gewinne, die sie im Land erzielen? Die Liste der tatsächlichen Ungerechtigkeiten ließe sich noch lange fortsetzen. Die Soziale Marktwirtschaft wird offensichtlich durch Betrug von wenigen, aber umso mächtigeren Kräften, missbraucht. Deshalb sind Transparenz und Kontrolle wichtige Instrumente einer Politik, an der die Öffentlichkeit beteiligt werden muss. Es gibt keine Systeme, die sich von selbst regulieren können. Auch kann sich Vernunft nur im verfassungsrechtlichen Rahmen durchsetzen. Es geht grundsätzlich um Macht. Die Systeme von totalitären Staaten, des Weltfußball-Verbandes FIFA, der Katholischen Kirche oder auch der Deutschen Bank funktionieren nach ähnlichen Mustern. Von wem werden diese kontrolliert? Wer verfügt über Macht? Repräsentiert ein Parlament beispielsweise die Bevölkerung? Eine Untersuchung durch die Tageszeitung Welt ergab, dass Frauen, Bürger mit ausländischen Wurzeln und Nichtakademiker im Deutschen Bundestag extrem unterrepräsentiert sind. Was spricht dagegen, ein Parlament nach dem Losverfahren zu besetzen und eine geschäftsführende Expertenregierung zu wählen? Auf die Mündigkeit der Bürger könnte sich dies positiv auswirken. Die pauschalen Politikerschelten bringen uns jedenfalls nicht weiter.

### Deutsche Anleihen (REX- P):

31.12.2018 487,68 Punkte  
30.06.2019 497,76 Punkte (+2,03%)

Die globale Wirtschaft leidet allgemein unter einem zu niedrigen Blutdruck, der von den Notenbanken anhand von Inflationsraten, dem Wachstum der Geldmenge und der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes gemessen wird. Seit dem Ausbruch der Finanzkrise ist dies der Fall. Zerstörtes Vertrauen führt zu mangelnder Zuversicht und nährt den Pessimismus unserer Tage. Als Folge stottert der Konjunkturmotor. Die Unternehmen investieren wenig, und sind neben den vorsichtigen Privathaushalten zu Nettosparern geworden. Gerade US-Unternehmen erhoffen sich durch den Rückkauf eigener Aktien eine bessere Rendite als durch unsichere Investitionen, die durch die

Wahl von Donald Trump gerade zu unkalkulierbar geworden sind.

Die Europäische Zentralbank (EZB) und die US-Notenbank (Fed) haben angekündigt, bei potentiell zunehmenden Schwierigkeiten das Abwürgen des Motors mit geldpolitischen Maßnahmen zu verhindern. Die Märkte atmen auf.

Donald Trump bedrängt aggressiv die US-Notenbank, Schützenhilfe für seine Politik zu leisten.

Auch die EZB unter Präsident Draghi sieht sich angesichts eines drohenden Chaos durch den Brexit dazu veranlasst, geldpolitische Maßnahmen in Aussicht zu stellen, um die Märkte zu beruhigen.

Die Hoffnungen auf Einigungen und bilateralen Deals der Amerikaner beim G 20 Treffen in Japan sind sehr gering. In diesem Umfeld haben die Bedürfnisse nach Sicherheit wieder Hochkonjunktur. Der Goldpreis hat zugelegt, und die zwischenzeitlich kollabierten Bitcoins feiern eine Auferstehung. Die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen liegt bei rekordtiefen minus 0,325%. Eine positive Rendite für Bundesanleihen stellt sich erst bei einer 15-jährigen Laufzeit ein. 86% aller Bundesanleihen haben eine negative Rendite.



Die Zinserwartungen haben sich damit innerhalb der letzten 6 Monate komplett gewendet. Gleichzeitig haben sich die Konjunkturerwartungen verschlechtert. Der Anlagenotstand wurde durch die niedrigen Zinsen nochmals verschärft. Seit der Ankündigung möglicher Zinssenkungen haben sich die

Aktienkurse nach einem kräftigen Durchhänger im Mai wieder erholt. Die Bewährungsproben stehen noch aus. Dass der Verlust an Sicherheit auch zu Erkenntnisgewinnen führen kann („Ich weiß, dass ich nichts weiß.“), wissen wir seit Sokrates (+ 399 vor Christus). Gefährlich sind Illusionen über Wissen und die daraus abgeleiteten Wahrheiten. Ideologien sind hochgefährlich. Unsicherheit ist also per se nicht schlecht. In unsicheren Zeiten besteht also Hoffnung, dass die Menschen klüger werden. Dass diese Aussage nur auf Glauben und nicht auf Wissen basieren kann, verdanken wir ebenfalls solchen klugen Köpfen wie Sokrates. Leider meinten es seine Zeitgenossen nicht gut mit ihm. Er wurde angeklagt und verurteilt wegen Verführung der Jugend und Gottlosigkeit. Den Schierlingsbecher nahm er freiwillig. Leugnen kam für ihn nicht in Frage. Die Unsicherheit des Todes fürchtete er nicht.

### Europäische Aktien (Euro-Stoxx 50):

**31.12.2018** 2.986,53 Punkte  
**30.06.2019** 3.473,69 Punkte (+16,31%)



Wie geht es weiter mit der EU? Wird Deutschland den Schulterschluss mit Frankreich wagen, um Trump, Johnson und Salvini entschlossen entgegenzutreten zu können? Am 23.05. lobte die FAZ die Reformpolitik von Frankreichs Präsident Macron. „Die Zeit ist reif für ein neues Frankreich Bild.“ „Das Nachbarland wandelt sich.“ „Präsident Macron will die Zentralisierung abbauen.“ „Der Unternehmergeist greift um sich.“ „Eine Neubewertung ist geboten.“ Diese

neue Sichtweise der FAZ ist ein echter Fortschritt. Hat der „wind of change“ damit begonnen?

Was ist in Frankreich passiert? Lief die Regierung nicht Gefahr, unter dem revolutionären Druck der Gelbwesten hinweggefegt zu werden? Präsident Macron ist auf die Prostete eingegangen. 10.000 professionell moderierte Bürgerversammlungen wurden durchgeführt. Zusätzlich hatten die Bürger die Möglichkeit, sich in Online-Foren einzubringen. Die Ergebnisse wurden mit Hilfe moderner Technik unverzüglich ausgewertet und veröffentlicht. Die Regierung hat die dabei herausgearbeiteten Themen Steuern & Abgaben, Zentralisierung, Bürokratie und Klimapolitik in Gesetzinitiativen angegangen, und zum großen Teil schon verabschiedet. Beispielsweise werden die Bezieher niedriger Einkommen und Rentner finanziell entlastet und kleine Unternehmen freuen sich über den Wegfall bürokratischer Auflagen.

So kann Demokratie effizient funktionieren. Macron vertritt eine harte Linie gegenüber Trump und den Briten. Er setzt sich für eine gemeinsame europäische Steuer-, Infrastruktur-, Sicherheitspolitik und Digitalisierungsstrategie ein. Wo bleibt die Unterstützung aus Berlin? Dabei steht die EU vor riesigen Herausforderungen. Trump ist nur eine. Seine offene Unterstützung für einen unregelmäßigen Brexit und für seine Parteinahme für Boris Johnson ist ein Affront gegenüber der EU. Weitere Auseinandersetzungen mit den USA und GB scheinen unausweichlich zu sein. Ein wahrscheinlicher Austritt ohne Vertrag von GB wird vermutlich zunächst zu Chaos führen, den es politisch und wirtschaftlich zu managen gilt. Da künftige Investitionen zu Lasten der Briten und zugunsten der EU ausfallen werden, sollte die Auseinandersetzung zu einer Einigkeit der EU beitragen. Der Kampf gegen den Populismus, erfordert auch innerhalb der EU harte Bandagen. Polen, Tschechien, Ungarn und auch das EU-Gründungsmitglied Italien müssen sich darüber im Klaren sein, unter welchen Bedingungen sie die Segnungen der Europäischen Union in Anspruch nehmen wollen. Unsolidarisches Verhalten und Abbau von rechtsstaatlichen Errungenschaften müssen durch eine funktionierende Gemeinschaft sanktioniert werden.

Bei der Europawahl gab es auch ermutigende Ergebnisse. Zum ersten Mal in der Geschichte der EU gab es einen Wahlkampf und politische Diskussionen, die die Bürger in Europa angesprochen und interessiert haben. Die Wahlbeteiligung stieg auf über 60%. In Europa findet Demokratie offensichtlich konstruktiv statt. Dies kann man von GB oder USA nur noch eingeschränkt behaupten. In Spanien, Niederlanden und Dänemark erlitten die rechtspopulistischen Parteien starke Verluste. In den

Niederlande und Dänemark schaffte die Sozialdemokratie ihre Wiederauferstehung. Immerhin besetzen Rechtspopulisten 20% der Parlamentssitze. Aber auch ihr Beitrag zum politischen Diskurs kann wertvoll sein. Die Meinungsfreiheit ist ein zentrales Grundrecht in der Demokratie. Wirtschaftlich lief das 1., Quartal in Europa sogar etwas besser als erwartet. Frankreich profitiert dabei von einem wachsenden Selbstvertrauen.

Italien profitiert deutlich von den in der Vergangenheit durchgeführten Reformen. Seit 2012 erzielt das Land Leistungsbilanzüberschüsse. Es wird mehr exportiert als importiert. Der Tourismus boomt. Die Staatsverschuldung ist seit der Finanzkrise in 2008 um 40% gewachsen - was einem jährlichen Anstieg von 3,3% entspricht. Dieser Anstieg liegt im Rahmen dessen, was auch andere Länder zur Bewältigung der Folgen der Finanzkrise zu tragen hatten. Lagen die italienischen Schulden in 2008 noch zu 50% in ausländischen Händen, so ist dieser Anteil auf 23% gesunken. Das Finanzvermögen der Italiener im Ausland stieg im gleichen Zeitraum von 581 auf 920 Mrd. Euro an. Die Reformbilanz ist also nicht so schlecht. In Anbetracht der rekordniedrigen Zinsen, von denen die Italiener profitieren, spielt der Populist Salvini, der als Innenminister für Finanzfragen nicht zuständig ist, mit dem Feuer, wenn er die Nerven, Geduld und Solidarität der Gemeinschaft strapaziert. Auch dieser Konfrontation sollten die Europäer nicht aus dem Weg gehen.

### Euro versus USD

**31.12.2018** 1,1442 USD  
**30.06.2019** 1,1360 USD (-0,49%)

Die verhärteten Fronten in den von Trump initiierten Handelskriegen drohen auch auf die Währungsmärkte überzugreifen. Die Waffen dort heißen Abwertungen. Eine schwache nationale Währung verteuert Importe ins Land, und verbilligt Exporte in andere Länder. Diese Waffe ist viel subtiler als die Verhängung von Strafzöllen. Nun ist das für die USA als noch führenden Wirtschaftsmacht mit der Weltreservewährung USD ein zweischneidiges Schwert. Die US-Währung genießt einen Sicherheitsstatus, der vor allen Dingen in Krisenzeiten gefragt ist. Dann fließt Kapital nach USA, die immer noch als Hort der Sicherheit gelten.

Eine wachsende Nachfrage nach USD führt zu einer Aufwertung.

Dass ein im Ausland hoch verschuldetes Amerika überhaupt noch Zinsen an die Gläubiger zahlt, ist dem US-Präsidenten ein Dorn im Auge. Trump versucht alle Hebel in Gang zu setzen, um die US-Notenbank zu Zinssenkungen zu bewegen. Der Fed-Chef Powell ist einer der innenpolitischen Lieblingsfeinde des Präsidenten. Dieser Vorgang ist in der Geschichte beispiellos. Die Unabhängigkeit der Notenbank ist ein zentrales Gut der Gewaltenteilung. Der US-Präsident ist mächtig und die US-Wirtschaft leidet unter den Sonderzöllen auf Importe. Nun gilt es als sehr wahrscheinlich, dass die Zinsen in USA sinken. Da die EZB ihr Zinspulver bereits verschossen hat, spricht vieles für die von Donald Trump mit Nachdruck geforderten Zinssenkungen in USA, und für eine Abwertung des USD. Der Euro verfügt damit über ein Aufwertungspotenzial, das politisch durch einen stärkeren Zusammenhalt untermauert werden könnte. Mit weniger Schulden, geringen Defiziten und Leistungsbilanzüberschüssen steht Europa auf solideren Füßen als die USA.



### Amerikanische Aktien (S&P 500 Index)

**31.12.2018** 2.485,74 Punkte  
**30.06.2019** 2.941,76 Punkte (+18,35%)

Eine Studie des Internationalen Währungsfonds (IWF) wirft ein schlechtes Licht auf die Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Amerika seit dem Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008. Der US-Wirtschaft gelang es zwar, pro Jahr 2 Millionen neue Stellen zu

schaffen, aber die Lebensverhältnisse der Bürger im Allgemeinen haben sich verschlechtert. Das Median Einkommen der Amerikaner (es ist exakt das Einkommen der Mitte, das heißt 50% der Lohnempfänger verdienen weniger und 50% mehr als der Median) stieg in den vergangenen 20 Jahren lediglich um 2,2%. Angesichts der steigenden Kosten beispielsweise für Gesundheit und Energie wundert es nicht, dass die im Vergleich zu Industrieländern schon unterdurchschnittliche Lebenserwartung der Amerikaner noch weiter gesunken ist, und die Armutsquote neue Rekordhöhen erreicht. Die Schuldenquoten von Privathaushalten, Unternehmen und Staat wachsen deutlich schneller als im Rest der Welt. Der Anteil bonitätsschwacher Kredite ist hoch. Der IWF empfiehlt die Erhöhung von Steuern und ein Zurückfahren der Staatsausgaben. Der Chef der US Notenbank Fed, Jerome Powell warnt vor dem bedenklichen Niveau der US-Schulden. Ginge es nach Präsident Trump, könnten mit weiteren Zinssenkungen die US-Schuldenparty weiter angeheizt werden.



Ein aktueller Stresstest für die US-Banken ist positiv ausgefallen. Das Eigenkapital der systemrelevanten US-Banken ist in den vergangenen 10 Jahren um 690 Mrd. Euro angewachsen. Das erscheint auf den ersten Blick beruhigend. Die Erfahrungen aus der Finanzkrise und der Entwicklung der Schuldenquoten mahnen jedoch zur Vorsicht.

Auch zur Absicherung seines gewagten handelspolitischen Konfrontationskurses fordert Präsident Trump Zinssenkungen. Am 06. Mai verkündete Trump völlig unerwartet die umfangreiche Einführung von Sonderzöllen auf chinesische Importwaren. Wenige Tage später rief er den nationalen Notstand für die Telekommunikationsbranche aus, der sich insbesondere gegen den chinesischen Ausrüster Huawei richtete. Die

Wellen schlugen hoch. Die Märkte reagierten mit sehr heftigen Kursverlusten im Mai. Die FAZ sprach von einem „Ausbruch des technologischen Kalten Krieges“. Andere Stimmen aus dem Finanzbereich kommentierten, dass das Vertrauen in die USA über Jahrzehnte zerstört wurde, und sahen das Ende des goldenen Zeitalters für den Freihandel. Es schien für kurze Zeit, als hätte Donald Trump das Fass zum Überlaufen gebracht. Die besorgte US-Notenbank Fed beruhigte mit der Aussicht auf mögliche Zinssenkungen die Gemüter. Auch Donald Trump schlug wieder konziliantere Töne an, und verbreitete damit die Zuversicht auf mögliche Einigungen.

Die einsetzende Flucht in sichere Staatsanleihen führte zu dem bereits beschriebenen Prozess weiter sinkender Zinsen. Die Märkte nahmen damit die noch zu erwartenden Zinssenkungen der Notbank vorweg. Insofern kann Trump dieses nicht ungefährliche Manöver als Erfolg verbuchen. Mit den in Aussicht gestellten Zinssenkungen der amerikanischen und europäischen Notenbank haben die Geldpolitiker den Kapitalmärkten einen Art Versicherungsschein ausgestellt. Daraufhin konnten sich die Kapitalmärkte im Juni in dem Maße erholen, wie sie im Mai verloren hatten. Die Unberechenbarkeit von Präsident Trump ist legendär, und insofern leider auch eine sichere Annahme. Im Wahlkampf versprach er die Rückzahlung von Schulden und den Rückzug von Soldaten aus den Krisengebieten. Das Gegenteil war der Fall.

Im Hinblick auf die Wahlen 2020 braucht er dringend Erfolge. Trotz der niedrigen Zinsen und der Steuersenkungen läuft die Wirtschaft alles andere als rund. Die Kapitalmärkte sind vorsichtig. Die Liquiditätsquoten der Fondsmanager wurden hochgefahren. Dies ist gut nachvollziehbar. Das Anlage suchende Kapital wird angesichts der immer niedriger werdenden Zinsen größer und größer. Ein weiterer Aufschwung an den Aktienmärkten ist beim Ausbleiben von negativen politischen Überraschungen durchaus denkbar. Das Beste für die Märkte wäre, wenn dieser Albtraum mit den Wahlen 2020 beendet werden könnte.

### Japanische Aktien (Nikkei-Index)

**31.12.2018** 20.014,77 Punkte  
**30.06.2019** 21.275,92 Punkte (+6,30%)

An diesem Wochenende fand das aufmerksam beobachtete G-20 in Japan statt. Bisher endeten die G-20 Treffen mit Donald Trump mit ersten Verstimmungen. Diesmal schien sich der US-Präsident zu bemühen. Ein Lob für die Bundeskanzlerin überraschte die Öffentlichkeit. Auch Donald Trump wird sich Sorgen um die Verfassung der amerikanischen Wirtschaft machen. Eine Lösung sieht er nicht in einer internationalen Kontext. Das wurde auch beim Treffen in Osaka deutlich.



Die Japanisierung der globalen Wirtschaft schreitet voran. Japan geriet mit dem Platzen der Immobilienblase 1989 in einen wirtschaftlichen Abwärtstrend, aus dem es sich bis heute noch nicht erholen konnte. Statt schmerzhafter Strukturreformen, die insbesondere den überschuldeten Bankensektor getroffen hätten, versuchte man, die Kreditausfälle mit öffentlichen Defiziten zu bekämpfen. Diese Politik des geringsten Widerstandes hat sich bis heute nicht geändert. Die Schuldenquote liegt bei 230% des Bruttosozialproduktes und ist damit fast doppelt so hoch wie in Italien. Die Notenbank sorgt mit einer Null-Zins-Politik und mit dem Aufkaufen von weiteren Staatsanleihen dafür, dass das System finanzierbar bleibt. Ohne den Bürgern Opfern zuzumuten, übernimmt die Notenbank die Finanzierung der öffentlichen Hand. Der Reichtum der Bürger entspricht der Armut des Staates. Traditionell pflegen Gesellschaft und Politik ein national geprägtes Denken. Mit dieser Einigkeit kann das japanische Modell noch weiter aufrechterhalten werden. Dies schwebt vielleicht auch den italienischen Nationalisten vor. Ein Austritt aus der EU und dem Euro wäre die Konsequenz. Damit würde Italien seine Kreditwürdigkeit verspielen. Auch die Amerikaner spielen bekanntlich unter Trump die nationale Karte. Mit der Weltreservewährung USD und einer eigenen Notenbank im Rücken, verfügt der

US-Präsident über eine Trumpfkarte, die er allzu gerne aufspielen würde. „America first“, finanziert durch die internationale Gemeinschaft, deren Regeln er sich nicht unterwerfen will, das ist der Traum für Donald Trump. Seine Sympathie für den Italiener Salvini hat Gründe.

### Aktien Schwellenländer

**31.12.2018 119.827,89 Punkte**  
**30.06.2019 132.453,93 Punkte (+10,54%)**

Die Welt blickt auf China. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis das Reich der Mitte wirtschaftlich mächtiger ist als die USA. Die staatsgelenkte Wirtschaft ist durchaus flexibel. Mancher politischer Beobachter in Europa wünscht sich eine solche Wirtschaftspolitik, die beispielsweise Infrastruktur, Digitalisierung und den Klimawandel in den Mittelpunkt der politischen Agenda stellt. Unternehmerfreundliche Maßnahmen wie Bürokratieabbau, Steuererleichterungen und Energiesubventionen helfen auch in China der Wirtschaft. Sorgen bereitet ein hohes Kreditwachstum in der Privatwirtschaft. Die öffentlichen Defizite liegen mit 4,4% unterhalb des Wirtschaftswachstums von 6%. Im Vergleich zu Amerika sind diese Zahlen sehr solide, wo Trump mit öffentlichen Defiziten von 5% ein schmähliches Wachstum von maximal 2,5% erreichen kann.



Die Massenproteste in Hongkong gegen das geplante Auslieferungsgesetz an China hatten Erfolg. Die von China gesteuerte Regierung des Stadtstaates zog ihre Vorlage zurück. Im Schatten der protektionistischen US-Politik werden weitere beachtenswerte Handelsvereinbarungen geschlossen. Nach dem im letzten Jahr unter Federführung

der Japaner ausgehandelten asiatisch-pazifischen Freihandelsabkommen (ohne Amerika, das an einem Beitritt interessiert zu sein scheint), kam es nun zu einer historisch zu nennenden Gründung einer afrikanischen Freihandelszone, die 1,2 Milliarden Menschen verbindet. Am Rande des G-20 Gipfel in Osaka schloss die EU mit einigen südamerikanischen Ländern ein Wirtschaftsabkommen (Mercosur), dass die Wirtschaftsmärkte von knapp 780 Millionen Menschen umschließt. Amerikas konfrontative Politik geht indes weiter. Indien wurden Zollprivilegien aberkannt. Das Land reagiert mit Sonderzöllen auf US-Produkte. Die Sanktionen gegen den Iran und Länder, die mit Iran in Geschäftsbeziehungen stehen, wurden verschärft und damit die Verhältnisse zu China, Russland, Türkei und auch der EU weiter belastet. Ein Krieg mit dem Iran erscheint möglich. Entsprechende Aufrüstungen, Truppenverlagerungen und Provokationen unklarer Herkunft und Richtung bestimmen mittlerweile die Agenda.

### Rohstoffe, Energie & Gold

**31.12.2018 1.280,76 USD**  
**30.06.2019 1.409,50 USD (+9,89%)**

Die Auseinandersetzung zwischen USA und Iran führt zu höheren Ölpreisen. Die US-Produktion verläuft mittlerweile auf Hochtouren – fracking sei Dank. Die vergleichsweise hohen Ölpreise sind für die US-Wirtschaft ein Segen. China, als größter Importeur des iranischen Öls, orientiert sich nun weiter an Russland. Angesichts gesunkener Zinsen und den zunehmenden wirtschaftlichen Risiken steigt die Nachfrage nach Sicherheit. Gold konnte daher in den letzten Wochen kräftig zulegen, und es bestehen Hoffnungen auf die Wiederaufnahme des Aufwärtstrends. Im Gegensatz zu Einlagen bei Banken, Staatsanleihen, Währungsanlagen, aber auch Krypto-Währungen wie Bitcoins, die ebenfalls wieder stark nachgefragt wurden, ist Gold eine Anlage ohne Gegenpartierisiko. Daher sollte Gold in einer Welt zunehmender wirtschaftlicher und politischer Risiken als Absicherungsinstrument weiter gefragt bleiben. Diese Strategie wird bereits von vielen Fondsmanagern umgesetzt.



die Hinterlegung mit staatlichen Währungen, könnte die neue digitale Währung ein öffentliches Gut bleiben. Krypto-Währungen sind hingegen rein private Konstrukte ohne staatliche Sicherheitsgarantien. Die Betrugsgefahr ist bei unregulierten Krypto-Währungen sehr hoch. Ein Währungssystem ohne staatliche Notenbanken erscheint aus heutiger Sicht nicht vorstellbar. Der Verlust oder die Zerstörung eines Computers sind Risiken, über die sich Anleger in Krypto-Währungen vermutlich nicht im Klaren sind. Verfechter, die ein Ende der staatlich organisierten Geldwirtschaft fordern und dies ausschließlich freien und privat organisierten Märkten überlassen möchten, betreiben aus meiner Sicht Bauernfängerei. Unregulierte Finanzmärkte führen zu Spekulation und Betrug. Das hat die Finanzkrise klar gezeigt.

### Zitatesammlung

**„Ein Jahr und drei Monate haben total fremde Menschen mir geholfen. Sie haben mich versteckt. Sie haben etwas getan, das auch ihren Kopf hätte kosten können. Sie waren Menschen.“**

*14.05.2019 Margot Friedländer, 97-jährige Holocaust Überlebende im Deutschen Bundestag anlässlich der Feier 70 Jahre Grundgesetz*

**„Frieden ist kein Naturgesetz und Freiheit wächst nicht auf Bäumen“**

*23.05.2019 Dirk Röder, Gründer von Pulse of Europe im Europawahlkampf*

**„Ich bin Christ. Wir sehen uns wieder“**

*06.06.2019 Jürgen Klopp, Trainer vom FC-Liverpool, in einer Videobotschaft an einen todkranken Liverpool-Fan*

**„Unsere radikalen, demokratischen Gegner sind von Hass, Vorurteilen und Wut getrieben.“**

*21.06.2019 Donald Trump Wahlkampfakt und Verkündigung seiner Kandidatur*

### Technik & Innovation

- Das Informationszeitalter wird nun noch schneller, und ermöglicht einen weiteren Quantensprung in der Nutzung der Informationstechnologie. Der neue Mobilfunkstandard 5G wird 100-fach schneller als die bisher führende LTE-Technik sein. Die Einführung der ersten 5G fähigen Handys steht an. Die Technik erfordert riesige Investitionen, die Systemanbietern und Handyherstellern hervorragende Aussichten bieten.
- Erst die neue 5G Technik ermöglicht eine umfassende Vernetzung, die Speicherung und Weiterverarbeitung von riesigen Datenmengen. Die Rasananz der Entwicklung auf künstlicher Intelligenz basierter Prozesse wird vermutlich eine atemberaubende sein, die außerhalb unserer Vorstellungskraft liegt.
- China verfügt über doppelt so viele Technik-Patente wie die USA. Huawei gilt als führendes Unternehmen in diesem Bereich. Der Kampf um die Cyber-Herrschaft zwischen China und USA hat begonnen.
- Facebook plant mit mächtigen Partnern die Einführung einer digitalen Währung, den „Libra“. Anders als Bitcoins soll die Facebook-Währung durch einen Währungskorb hinterlegt werden. Hier geht es also um die schnelle, digitale Abwicklung von Zahlungen durch eine global akzeptierte Verrechnungseinheit, ohne dass dabei der Umtausch von Währungen erforderlich wird. Dies ist durchaus ein sinnvolles Anliegen. Durch

**„Wir haben heute Sicherheit verloren. Aber der Verlust kann auch Gewinn sein.“**

*Ernst Tugendhat (Jahrgang 1930) Philosoph, zitiert von Mathias Jung, EMU-Verlag, Blaue Reihe über Sokrates*

### Redaktion:

Michael Scheidgen  
private finance e.K.  
Stefan Andres Straße 23  
56567 Neuwied  
Telefon 02631/95390

### Impressum:

Es handelt sich um die Wiedergabe der persönlichen Meinung des Autors. Trotz sorgfältiger Recherche, kann für die Richtigkeit der Informationen keine Gewähr übernommen werden. Aus dem Inhalt können keine Anlageempfehlungen abgeleitet werden. Diese können nur auf der Basis einer individuellen Beratung erfolgen.

**Neuwied, 01.07.2019**